



WO DIE REGIERUNG VERSAGT:

SO RETTEN WIR

HANDWERK

UND MITTELSTAND!

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

WWW.DIETHER-DEHM.DE

ÜBER DR. DIETHER DEHM

JETZT FOLGEN:

www.facebook.com/DietherDehmMdB
www.instagram.com/Diether_Dehtm
www.twitter.com/Diether_Dehtm
www.Diether-Dehm.de



- **Mittelstandspolitischer Sprecher** der Fraktion **DIE LINKE** im *Deutschen Bundestag*
- **Geboren 1950 in Frankfurt (Main)**
Wehrdienstverweigerer, verheiratet, 2 Kinder, 1 Enkelin, Heilpädagogie
- **1966-1998**
SPD-Mitglied, u.a. Bundesvorsitzender der SPD-Unternehmer, SPD-MdB
- **1998**
Eintritt in die PDS
- **1999 bis 2003**
stellvertretender Vorsitzender der PDS
- **2004-2010**
Landesvorsitzender **DIE LINKE** Niedersachsen
- **seit 2013**
Sprecher für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
- **bis 2016** Schatzmeister der Europäischen Linkspartei
- **bis 2017**
Europapolitischer Sprecher
- **Mitgliedschaften:** u.a. VVN-BdA, ver.di, GEMA

Ausschüsse/Gremien im

Deutschen Bundestag: Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (Ordentliches Mitglied), Unter-Ausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (Obmann der Linksfraktion), Mitglied im Mittelstandsbeirat beim BMWi

Liedertexter, Theater-, Romanautor und Komponist u.a. für Klaus Lage, Joe Cocker, Ute Lemper, Dieter Hallervorden, Roland Kaiser, bots, Heinz Rudolf Kunze, Christopher Cross, Anne Haigis tätig; bekannteste Werke: „1000 mal berührt“, „Faust auf Faust“, „Was wollen wir trinken 7 Tage lang“, „Das weiche Wasser“, „Monopoli“; Bühnenstücke „Cuban Tango“, „Stars“, „Abs“, „Sag mir wo die Blumen sind“, diverse wissenschaftliche Publikationen



CORONA SPITZT ES DEUTLICH ZU: MITTELSTAND BRAUCHT STARKE LINKE!



Wer kennt sie nicht: die salbungsvollen Sonntagsreden von FDP, CDU und CSU, dem Mittelstand sich anzudienen. Sie taten so, als seien sie für die kleinen und mittleren Unternehmen, für die HandwerksmeisterInnen, für die selbständigen Kreativen die erste Adresse - aber Jahrzehnte lang hatten sie nur für Konzerne, Machtbanken und Groß-Spekulanten Politik gemacht.

Dann kam die Pandemie!

Soloselbständige und Traditionsunternehmen wurden übergangen bzw. auf Hartz IV und die Job-Center verwiesen.

Wir hingegen vermitteln zwischen den Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen, der öffentlichen Hand und den Gewerkschaften. Auch weil wir wissen, wo die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze vorgehalten werden. Einde direkte Förderung von KMU, Selbständigen und Kreativen durch staatliche Institutionen ist möglich - und nötig!

DIE LINKE will mehr davon, damit der Mittelstand überleben kann.

Für Soloselbständige gehört der Lebensunterhalt „Zum Betrieb“!



Für Frieden und Solidarität: Seit vielen Jahren mit Konstantin Wecker auf der Bühne und auf der Straße!

WAS LEHRT UNS

CORONA?



Uns war schon lange klar, dass der Klein- und Mittelständler erst dann einen Kredit von seiner Bank erhält, wenn er lückenlos nachgewiesen hat, dass er ihn eigentlich gar nicht braucht. Jetzt in der Krise merken alle, dass das nicht funktionieren kann.

Wir fordern: Umfassende Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft und verlässliche Investitionsförderung, aber auch kurzfristige Liquiditätsangebote durch die KfW für Selbständige und Freiberufler.



*Dr. Diether Dehm, Alarmstufe Rot
Demo - am 28. Oktober 2020 in Berlin*

Die staatlichen Eingriffe während des ersten Corona-Lockdowns haben gezeigt was nicht geht und was geht. Aber vieles war weltfremd. Wohingegen gute Forderungen der Betroffenen – wie ein Unternehmerlohn – bis heute nicht da sind. Aber die beste Hilfe sind Betriebe und Kultureinrichtungen, die wieder aufgemacht werden – und Gesundheitsämter, die bei der Hygiene gezielt helfen!

Der Fachkräftemangel ist branchenspezifisch. Vereinfacht gesagt: wo Arbeitsbedingungen, Standort und Bezahlung stimmen, wird das Problem mit dem qualifizierten und motivierten Personal geringer. Das gilt für Auszubildene ebenso wie für Pflegekräfte! Auch hier wollen wir, dass kleine Unternehmen, Staat und Gewerkschaften an einem Strang ziehen.

Zwecks langfristiger Sicherung der Fachkräftebasis für KMU brauchen wir aus unserer Sicht eine Reform des Berufsbildungsgesetzes, aber auch eine Stärkung des Meister-BAföG.

Um ausreichende Ausbildungsplätze mit hoher Ausbildungsqualität zu schaffen, darf sich allerdings kein Konzern aus der Verantwortung stellen. Es muss eine solidarische Umlagefinanzierung geschaffen werden, die auch Großkonzerne für die meist in kleinen und mittleren Unternehmen ausgebildeten jungen Menschen in die Pflicht nimmt.

Dazu gehört in der heutigen Zeit auch eine lebenslange Chance auf Fort- und Weiterbildung im Zuge der Innovationswellen – etwa durch die Integration von Meister- und Technikerschulen sowie Fort- und Weiterbildungsträgern in die Fachhochschulen.

Auch die Qualität und der Aufgabebereich der berufsbildenden Oberstufenzentren bedürfen einer Weiterentwicklung. Nur hier kann eine Defizitanalyse und eine entsprechende individuelle Förderung von Ausbildungsbewerbern organisiert werden – aber dafür sind die Berufsschulen nicht ausgestattet.

SOZIALE SICHERUNG

AUCH FÜR SELBSTÄNDIGE!



Eine weitere Lehre, die wir aus der Corona-Krise ziehen müssen, und was DIE LINKE schon lange kritisiert hat: Deutschland ist seit vielen Jahren Exportweltmeister. Das hat Wohlstand v.a. für deutsche Konzerne gebracht. In Krisen mussten wir sehr schnell feststellen, dass Exporte auch zusammenbrechen können, wenn andernorts keine Nachfrage mehr besteht. Und dass es gefährlich sein kann, wenn Lebensnotwendiges nur im Ausland produziert wird (siehe medizinische Hilfsmittel, Masken und Medikamente).

Eine weitgehend krisenfeste Wirtschaft basiert auf der Inlandsnachfrage. Es gilt also, sowohl die nicht-exportorientierte Wirtschaft, als auch die Binnenkaufkraft zu stärken, um für neue Krisenfälle gerüstet zu sein. Eine linke Wirtschaftsstrategie ist also notwendig - und es ist der Königsweg für eine Stärkung des Mittelstandes und die Schaffung zusätzlicher Arbeits- und Ausbildungsplätze in Deutschland - gerade in und nach der Corona-Krise.

Soziale Sicherung auch für Selbständige!

Der größte Teil der Selbständigen - auch Soloselbständige und Freelancer - unterliegt keiner Versicherungspflicht, sie müssen sich um Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung selbst kümmern. Über 75 % dieser Klein- und Mittelunternehmen sind in Wahrheit Kleinstunternehmen oder Soloselbständige.

Es zeigt sich schon seit Jahren, dass Altersarmut unter Selbständigen weit verbreitet

ist und immer mehr UnternehmerInnen droht. Fast die Hälfte der Selbständigen verfügt im Alter über ein Nettoeinkommen von unter 1.000 Euro. Zum Vergleich: bei ArbeiterInnen und Angestellten trifft das für etwa ein Drittel zu. Also: Warum die Probleme nicht solidarisch meistern?!



Wirtschaft weiterlernen mit Sahra
Wagenknecht: www.sahra-wagenknecht.de

DIE LINKE ist die einzige Partei mit einem vollständigen sozialen Sicherungskonzept auch für kleine und mittelständische UnternehmerInnen. Die Angst vorm Älterwerden anzugehen ist auch das Ziel des von mir und meinem SPD-Bundestagskollegen Christian Petry herausgegebenen Buches „Rente und Respekt“. Darin haben Abgeordnete der LINKEn und der SPD, wie Sahra Wagenknecht, Martin Schulz, aber auch Konstantin Wecker, ihre Gedanken zu einem voll erfüllten dritten Lebensabschnitt und was es braucht, ihn würdig begehen zu können, niedergeschrieben.



Diether Dehm auf der Kundgebung „Alarmstufe Rot“ am 28.10.20 in Berlin



Diether Dehm & Nelson Mandela (Veranstaltung mit „Künstler für den Frieden“, Bonn 1990)

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

DR. DIETHER DEHM, MDB

LINKER, KÜNSTLER, UNTERNEHMER,
MACHER GEGEN BANKENMACHT

VOLLBLUT-POLITIKER

Auch vor den Schranken des Bundesverfassungsgerichts klagt und wirbt Diether Dehm für ein sozialeres Europa. So für die Linksfraction gegen ein Europa des Europäischen Stabilitätsmechanismus, Großbankenrettung, Fiskalvertrag und Sozialstaatsabbriss.

UNTERNEHMER

Aus eigener unternehmerischer Erfahrung rührt Dehms Engagement für den Mittelstand, dabei zitiert er Blochs Mahnung an die Linke „Kampflos, Genossen, habt ihr das Kleinbürgertum dem Faschismus überlassen.“ Er war „Unternehmerchef“ in der SPD. Seine Verlage, seine Internet-Fernsehinitiative www.weltnetz.tv (gegründet mit Konstantin Wecker, Albrecht Müller und Hermann Scheer) zeigen: Das ist ein Linker, der wirtschaften kann. In der LINKEN wurde er auch Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Linker Unternehmerinnen und Unternehmer und ist als Mitglied im Beirat für Fragen des gewerblichen Mittelstandes und der freien Berufe (Mittelstandsbeirat) beim Bundeswirtschaftsministerium.

SEINE VISION

Konzerne und Großbanken demokratisch regulieren – Kleinunternehmen von Bürokratieentlasten und ein Bündnis für mehr Binnennachfrage schaffen. Z. B. mit seiner Idee einer „Reparaturoffensive“: Stärkung regionaler Kreisläufe, Reparieren statt neu kaufen zum (Roh)Stoff sparen, Müll und CO2 reduzieren, Arbeitsplätze und Handwerk aufbauen: Die Autobahn wird leerer, weil Brot und Milch wieder „vor der Haustür wachsen“. Börsen, wo mit Nahrungsmitteln, Wasser und Rohstoffen spekuliert wird, darf es nicht mehr geben. Wohl aber gesetzlichen Druck auf Konzerne, endlich reparaturfreundlicher zu produzieren.

WIR MÜSSEN SELBSTÄNDIGE VOR ALTERSARMUT SCHÜTZEN!



Lauf Koalitionsvereinbarung wollte die Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode alle Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung integrieren. Wir wollen, dass in den ersten Jahren der versicherungspflichtigen Selbständigkeit Beitragserleichterungen entsprechend den Regelungen zur Pflichtversicherung im Handwerk ermöglicht werden.

Bei der Krankenversicherung wurde ab 2019 eine einheitliche und deutlich abgesenkte Mindestbemessungsgrenze definiert (1.038,33 Euro. Außerdem erfolgt die Beitragsfestsetzung nur noch vorläufig und wird später mit dem Steuerbescheid abgeglichen).

DIE LINKE hatte allerdings gefordert, die Mindestbemessungsgrenze auf 450 Euro abzusenken und für Selbständige mit geringem Einkommen die Absenkung des Beitragssatzes - bei vollen Leistungsansprüchen - auf 50 Prozent (wie Arbeitnehmeranteil) zu ermöglichen. Mit steigendem Einkommen sollte - so der Vorschlag - der Beitragssatz dann linear bis zur vollständigen Selbstzahlung der Beiträge steigen.

Ein Ausgleich ist durch einen Steuerzuschuss geplant, der über eine Sonderabgabe auf Honorare refinanziert werden soll, die von den jeweiligen Auftraggebern einzuziehen ist (ähnlich der Künstlersozialkasse). Außerdem sollten 50 Prozent der Beiträge, die dem Arbeitgeberanteil entsprechen, in vollem Umfang als Betriebskosten abgesetzt werden können.

Auf Antrag soll allen Selbständigen auch der Zugang zur gesetzlichen Arbeitslosenversicherung eröffnet werden. Perspektivisch werden alle Selbständigen in die Zweige der Sozialversicherungssystem einbezogen und so der gleichberechtigte Zugang zu den Leistungen eröffnet. Dies stärkt auch die finanzielle Basis der Sozialversicherungen.

Der Staat muss Kleinunternehmen vor Spekulanten schützen!



*In Pleite
geh'n jetzt kleine
Unternehmer. Der Lock-
down war genau für sie
der Lähmer. Dem Groß-
konzern macht das die
Welt bequemer.
Weil der, was pleite ist,
dann später frisst!*

*Corona-Song
(geschrieben von
Diether Dehm & Dieter
Hallervorden - direkt
zu Youtube:*



KLEINUNTERNEHMER

& ARBEITSPLÄTZE SCHÜTZEN



Wer eine »soziale Marktwirtschaft« will, weiß, dass der Staat auch gegen Konzerne und für kleine und mittlere Betriebe investieren muss. Öffentliche Aufträge gehören in den Mittelstand! Das gilt für Forschung und Umweltschutz genauso wie für den Wegebau.

Denn nach nun 16 Jahren CDU geführten Regierungen sah sich Deutschland laut DIW mit einem Investitionsstau von knapp 100 Milliarden Euro im Bereich der Infrastruktur konfrontiert – und das war vor Corona!

DIE LINKE fordert schon immer deutlich steigende öffentliche Investitionen, z.B. für saubere Energie und bessere Bildung sowie die Digitalisierung. Unser Investitionsprogramm mit 120 Milliarden Euro jährlich soll dauerhafte Antriebsmaschine für die kleinen und mittleren Unternehmen, vor allem für das Handwerk, werden.

Das Handwerk zählt mit seinen gut eine Million Betrieben, wie 99,7 Prozent aller Unternehmen in Deutschland, zu den KMU. Hier arbeiten 5,2 Millionen Menschen - darunter immerhin noch 3,9 Millionen sozialversicherungspflichtig - und 369.000 Auszubildende. Das sind 12 Prozent aller Erwerbstätigen und 28 Prozent aller Auszubildenden in Deutschland.

Mit dem durch die Corona-Krise bedingten Umsatzeinbruch in Höhe von 7,4 Prozent im 2. Quartal 2020 sank bislang die Zahl der Mitarbeiter um 1,7 Prozent. Für kleine Unternehmen stellt das Kurzarbeitergeld keine geeignete Fördermaßnahme dar. Ängste schürt, dass mittlerweile bereits

718.000 Mitarbeiter im Handwerk nur noch geringfügig beschäftigt sind. Dem muss entgegengewirkt werden! Aber nicht durch fromme Sprüche. Unsere »Reparaturoffensive« könnte helfen:

Wir wollen, dass Konzerne gesetzlich gezwungen werden, beispielsweise Fahrzeuge, Küchengeräte und Unterhaltungselektronik endlich wieder reparaturfreundlich zu produzieren.

Das Reparaturhandwerk würde bei uns durch einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent entlastet, erhielte Sonderkonditionen für Start-Ups und Überbrückungskredite durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Ein Label »reparaturfreundlich« würde für die Hersteller eingeführt, um die Verbraucher zu informieren.



Free Asange Demo Berlin

Die „Reparaturoffensive“ der LINKEN schafft Arbeitsplätze (bzw. die Möglichkeit, aus der Geringfügigkeit in die Sozialversicherungspflicht zurückzukehren), spart Rohstoffe, wie seltene Erden, Energie und Emissionen, und schafft dem Handwerk wieder goldenen Boden.

WIR FORDERN EINEN RADIKALEN UMBAU DES FISKUS!



Für freiberufliche Architekten und Ingenieure wollen wir eine qualitätsorientierte Honorarordnung (HOAI) erarbeiten, statt Freiberufler einem ruinösen Preiskampf auszusetzen. Und wir wollen die Einführung gesetzlicher Mindesthonorare für alle Vertragsleistungen, die nicht durch eine Honorar- oder Gebührenordnung reglementiert sind, um Preisdumping zu unterbinden und Selbständige vor Prekarisierung zu bewahren.

Das Finanzamt als Dienstleister, statt als Bedrohung!

Das Finanzamt darf nicht länger als Bedrohung kleiner Unternehmer wirken. Die Schikanen des falschen Verlustvortrags, der Umsatzsteuervorlage, durch kurzfristig angemeldete Betriebsprüfungen und der Veröffentlichungsterror im Bundesanzeiger kurz vorm Jahresende müssen weg. Wir wollen stattdessen eine echte Partnerschaft Fiskus-Kleinunternehmen (wer die Umsatzsteuer noch nicht auf dem Konto hat, muss sie auch nicht zahlen!).

Ein Beispiel: Wenn etwa eine Soloselbständige ihre Quittungen und Belege - auch ungeordnet - beim Finanzamt einreicht und das Finanzamt dann selbständig die Steuererklärung mit einem Widerrufsrecht von acht Wochen entwirft, könnten sich Selbständige besser auf ihr eigentliches Kerngeschäft konzentrieren und sparen Kohle für teure Steuerberater. Betriebsprüfende des Finanzamts könnten sich endlich um Steuermilliarden bei Konzernen kümmern.

Die öffentliche Hand verliert jedes Jahr rund 30 Milliarden Euro durch Steuer-

hinterziehung. Hinzu kommen 130 Milliarden Euro durch „legale“ Steuervermeidung, z.B. Cum-Ex, und Briefkastenfirmen. Es sind die Global Player, die eine nachhaltige Wirtschaft und eine solide Staatsfinanzierung untergraben - nicht Kleingewerbe und Mittelständler.

Unsere Reform der Einkommensteuer bedeutet: Wer weniger als 7.100 Euro pro Monat zu versteuern hat, wird entlastet. Wer mehr zu versteuern hat, wird belastet. Wir wollen Steuerprogression, die den so genannten »Mittelstandsbauch« abbaut, weil er kleine Unternehmen benachteiligt.



*Diether Dehm: Redenschreiber
auch für Willy Brandt*

Ergänzend wollen wir die Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen verbessern, die Rücklagenbildung für Zukunftsinvestitionen - z.B. Digitalisierung - ausbauen und die Obergrenze für die Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern auf 1.000 Euro anheben und so die Abschaffung der aufwendigen Sammelabschreibung ermöglichen.

COVID19-KRISENGEWINNER ZUR

KASSE BITTEN!



Die Krisengewinnler Amazon, Google, Lieferando, Zoom, Quandt und Klatten müssen endlich auch EU-weit zur Kasse – und die Rüstungsexporteure – denn Krieg kennt keinen Lockdown. Dazu kommen gerechte Steuern auf riesige Erbschaften. Bei unserer Vermögenssteuer bleibt die erste Million des privaten Nettovermögens steuerfrei. Für betriebsnotwendiges Sachvermögen von Einzel- und Personenunternehmen gilt ein höherer Freibetrag: fünf Millionen Euro. Danach wird ein Steuersatz von fünf Prozent auf Privatvermögen erhoben. DIE LINKE ist mittelstandsfreundlich.

gen begrenzen. Und wir wollen die Abgeltungssteuer abschaffen und Einkünfte aus privatem Kapitalvermögen gemäß des revidierten persönlichen Einkommensteuersatzes besteuern.

Die Mehrwertsteuer sollte dauerhaft gesenkt werden und wird erst fällig, wenn sie auch in der Kasse ist und nicht schon mit Rechnungsstellung.

Ein hartnäckiges Vorurteil lautet: LINKE haben etwas gegen Handwerksbetriebe und Selbständige. Das Gegenteil ist richtig: Wer mit einer neuen Idee wirklich etwas selbständig erfindet, entwickelt und unternimmt, hat DIE LINKE an seiner Seite (auch als Urheber)!



*Diether Dehm & António Guterres
(Generalsekretär der Vereinten Nationen)*

Die Körperschaftssteuer wollen wir wieder von 15 auf 25 Prozent erhöhen, die Bemessungsgrundlage soll europaweit einheitlich werden und zugleich als Mindeststeuersatz gelten. Die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen wollen wir zurücknehmen, da sie überproportional dem Großkapital nützt. Wir wollen den Betriebsausgabenabzug von Managervergütun-

1000 MILLIARDEN \$ DANK CORONA:

Der Umsatz des Online-Shop-Marktführers Amazon hat sich in der Krise mehr als verdreifacht. Das Unternehmen verdiente prächtig und knackte im letzten Quartal 2020 die Umsatzmarke von 100 Milliarden Dollar. Das entspricht dem Bundeshaushalt der Schweiz – im Jahr.

Krisengewinner **Jeff Bezos**: verweigert Steuern und Tarifverträge!



PANDEMIEBEKÄMPFUNG:

MIT AUGENMASS, STATT MIT DER BRECHSTANGE!

Die Auswirkungen auf den Mittelstand sind verheerend. In den kommenden Monaten ist mit einer nie dagewesenen Insolvenzwelle in Deutschland zu rechnen. Allein im Einzelhandel droht laut Stefan Genth, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes, über 50.000 Geschäften das Aus. Das Eigenkapital der Millionen Selbständigen in Einzelhandel, Gastronomie, Kunst und Kultur ist längst aufgezehrt. Viele warten noch auf ihre staatlich zugesicherten Oktober- und Novemberhilfen, die bis heute nicht bei ihnen eingetroffen sind!

Diese Mittelständler stehen nun, nach Monaten des verordneten Lockdowns und ohne nennenswerte Hilfen, vor dem Nichts.

Das elende Wort „Marktberreinigung“, eine unmittelbare Folge des staatsmonopolkapitalistischen Panikorchesters, ist zynisch und wirtschaftsfeindlich. Der Lockdown ohne Augenmaß hat keine Marktberreinigung zur Folge, sondern den Mittelstandsruin. 600.000 Arbeitsplätze werden nach Ansicht des Ökonomen Gabriel Felbermayr in Deutschland den Lockdowns zum Opfer fallen. Bedeutet: Die Werte der pleitegehenden Unternehmen fallen den nächstgrößeren zu und ermächtigen diese Konzerne zum weiteren transnationalen Marsch in den Billiglohn!

Dr. Diether Dehm

Mitglied des Bundestages, DIE LINKE

Dr. Diether Dehm, MdB

*mittelstandspolitischer Sprecher
der Bundestagsfraktion*

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin



diether.dehm@bundestag.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G